

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags**

**betreffend**

**Finanzielle Absicherung der Frauen- und Mädchenberatungsstellen**

**Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, die Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen als erste und niederschwellige Anlaufstelle für von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und deren Kinder so zu gestalten, dass mehrjährige Planung möglich und langfristige finanzielle Absicherung gegeben ist.

## **Begründung**

In den Jahrzehnten der Gleichstellung hat sich für Frauen eines nicht verändert: Sie sind nach wie vor überdurchschnittlich oft von psychischer wie physischer Gewalt betroffen. Wie hoch dieses Gewaltpotenzial liegt, lässt sich anhand der Fakten über exekutierte Gewalt ableiten: Frauenmorde stiegen in den letzten Jahren rasant an, das stellten auch UNO und WHO alarmierend fest. Dieses Jahr wurden in Österreich bereits 26 Frauen von Männern ermordet, wobei es statistisch jede Woche zu einem Mordversuch kommt. Die Zahl der Betretungs- und Annäherungsverbote stieg in den letzten acht Jahren von knapp 8.000 auf fast 15.000 an.

Die vielen Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen in Oberösterreich leisten als erste und niederschwellige Anlaufstelle für von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und deren Kinder beeindruckende Arbeit, um die Zahl der Gewalttaten aber auch das gesellschaftliche Gewaltpotenzial zu dezimieren. Sie sind Anlaufstelle für Betroffene, Aufklärungsstelle und Begleitstelle gleichzeitig. Neben dieser psychisch stark belastenden Arbeit reihen sich zusätzliche Probleme: Nahezu alle Einrichtungen sind hinsichtlich des fehlenden Ausgleichs der Teuerung von Einsparungen betroffen, Mitarbeiterinnen mit Stundenkürzungen konfrontiert und angesichts einer steigenden Zahl an Klientinnen immens gefordert. Zudem fehlt Arbeitsplatzsicherheit: Bis Abschluss der Budgetverhandlungen am Ende eines jeden Jahres ist der Umfang der Geldmittel für das folgende Jahr gänzlich offen.

Wirtschaftlich schwierige Zeiten erhöhen das Gewaltpotenzial. Wirtschaftlich schwierige Zeiten verschärfen aber auch die Arbeitsbedingungen der Beratungsstellen. Diese Spirale, an dessen Ende

die Gewalt prosperiert, können wir nur als Politik durchbrechen. Ein Hebel dafür ist die langfristige und nachhaltige Absicherung der Frauen- und Mädchenberatungsstellen.

Linz, am 13. November 2023

(Anm.: Fraktion der Grünen)  
**Engl, Mayr, Ammer, Bauer, Schwarz, Vukajlović**